

**SCHRIFTLICHE INFORMATION gemäß § 6 EU-InfoG
zu Top 3 der Tagesordnung des
EU - Ausschusses des Bundesrates am 26. Mai 2025**

1. Bezeichnung des Dokuments

COM (2025) 164 final Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/1057 zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) in Bezug auf spezifische Maßnahmen zur Bewältigung strategischer Herausforderungen (019039/EU XXVIII.GP)

2. Inhalt des Vorhabens

- **Neuausrichtung der Kohäsionspolitik:** Die Verordnung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) innerhalb der laufenden Programme 2021-2027 auf neue Prioritäten wie Verteidigung, strategische Autonomie, Dekarbonisierung und Qualifizierungsmaßnahmen umzuschichten.
- **Flexibilitätsmaßnahmen und Vorfinanzierung:** Um Investitionen zu beschleunigen, werden zusätzliche Vorfinanzierungen gewährt – 4,5 % für alle **betroffenen** Programme und 9,5 % für Programme in **Grenzregionen** zu Russland, Belarus oder der Ukraine.
- **Gezielte Unterstützung der Verteidigungsindustrie:** Spezielle Prioritäten zur Förderung von Kompetenzen in der Verteidigungsindustrie werden eingeführt, inklusive höherer Kofinanzierung (bis zu 100 %) und erleichterter Programmumsetzung.
- **Förderung der Dekarbonisierung:** Unterstützung für Umschulung und Qualifizierung von Arbeitskräften sowie Unternehmen im Rahmen der industriellen Transformation zur klimafreundlichen Produktion.
- **Sonderregelungen für östliche Grenzregionen:** Programme in NUTS-2-Regionen mit Grenzen zu Russland, Belarus oder der Ukraine profitieren von erhöhter Vorfinanzierung und vollständiger EU-Finanzierung.
- **Fristverlängerung:** Die Förderfähigkeit der Ausgaben wird bis Ende 2030 verlängert, um die Umsetzung neuer Prioritäten ohne Mittelverlust zu ermöglichen.
- **Anreize zur Programmänderung sind:**
 - höhere **Kofinanzierung**;
 - sofern bis Ende 2025 die Programmänderungen eingereicht werden gibt es eine höhere **Vorfinanzierung** auf die neuen Prioritäten;
 - wenn mindestens 15% der Programmmittel auf neue Prioritäten umgeschichtet werden, kann die zusätzlich höhere **Vorfinanzierung** auf das **Gesamtprogramm** in Anspruch genommen werden.

3. Hinweise auf Mitwirkungsrechte des Nationalrates und Bundesrates

Der Nationalrat und Bundesrat haben gemäß Art. 23e B-VG das Recht, im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung Stellungnahmen zu EU-Vorhaben abzugeben.

4. Auswirkungen auf die Republik Österreich einschließlich eines allfälligen Bedürfnisses nach innerstaatlicher Durchführung

Die in der Verordnung adressierten Schwerpunkte sind **bereits Bestandteil des ESF+-Programms in Österreich**, insbesondere im Bereich Qualifizierung. **Auch der JTF umfasst bereits Maßnahmen zur Qualifizierung im Kontext der grünen Transformation.** Da **keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden**, müsste eine Umschichtung der bestehenden ESF+-Zuteilungen erfolgen. Dies würde **umfassende innerstaatliche Verhandlungen** mit Ministerien und Bundesländern erfordern, deren zugeteilte ESF-Mittel bereits verplant und in Umsetzung sind.

Eine Neuausrichtung würde die bestehende Programmlogik unterbrechen und könnte **die Umsetzung insgesamt verlangsamen.**

5. Position der zuständigen Bundesministerin samt kurzer Begründung

Die Zielsetzung der Europäischen Kommission, die Instrumente der Kohäsionspolitik verstärkt auf aktuelle geopolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen auszurichten, kann nachvollzogen werden.

Für das österreichische ESF+-Programm ergibt sich kein unmittelbarer inhaltlicher Änderungsbedarf. Die bestehende Programmarchitektur adressiert zentrale Herausforderungen im Bereich Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion und Armutsbekämpfung entsprechend den nationalen Prioritäten unter Berücksichtigung der länderspezifischen Empfehlungen.

6. Angaben zur Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität

Das Ziel der Verordnung erfordert ein gemeinsames Handeln auf EU-Ebene, insbesondere zur Sicherstellung einer abgestimmten Reaktion auf geopolitische und wirtschaftliche Herausforderungen. Insofern ist das Subsidiaritätsprinzip gewahrt.

7. Stand der Verhandlungen inklusive Zeitplan

Ein konkreter Zeitplan liegt uns nicht vor. Das Europäische Parlament hat jedoch einem Dringlichkeitsverfahren zugestimmt; die Abstimmung ist derzeit für den 25. Juni 2025 vorgesehen.

Aktuell:

RAG SMOR	23. Mai 2025	Diskussion des 2.en Kompromissvorschlages mit folgenden Änderungen: <u>Rechtstaatlichkeit:</u>
----------	---------------------	--

		<ul style="list-style-type: none"> ○ Anpassung des Erwägungsgrundes 3a (ESF+-VO), um zu verhindern, dass blockierte Mittel verwendet - werden können. <p><u>Finanzielles:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ○ +10% Kofinanzierung: Reduzierung der Kofinanzierung für neue Prioritäten von 100% auf +10% der bisherigen Kofinanzierung (jedoch max. 100%) ○ 25% Vorfinanzierung: Reduzierung der einmaligen Vorfinanzierung von 30% auf 25% (für neue Prioritäten). ○ 10%-Schwelle: Reduzierung der 15%-Schwelle auf 10%; (für +4,5% Vorfinanzierung auf das Gesamtprogramm).
--	--	---